

**20.040 s Dringliche Änderung des Epidemiengesetzes angesichts der COVID-19-Krise (Proximity-Tracing-System)**

**Geltendes Recht**

**Entwurf des Bundesrates**

**Anträge der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates**

vom 20. Mai 2020

vom 25. Mai 2020

*Zustimmung zum Entwurf,  
wo nichts vermerkt ist*

**Bundesgesetz  
über die Bekämpfung  
übertragbarer Krankheiten des  
Menschen  
(Epidemiengesetz, EpG)**

**Änderung vom ...**

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen  
Eidgenossenschaft,  
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates  
vom 20. Mai 2020<sup>1</sup>,  
beschliesst:*

---

<sup>1</sup> BBI

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Ständerates**

I  
Das Epidemien-gesetz vom 28. September 2012<sup>2</sup> wird wie folgt geändert:

*Art. 60a* Proximity-Tracing-System für das Coronavirus

<sup>1</sup> Das BAG betreibt neben dem Informationssystem nach Artikel 60 ein Proximity-Tracing-System für das Coronavirus SARS-CoV-2 (PT-System). Das PT-System zeichnet Annäherungen zwischen Mobiltelefonen von Personen, die am System teilnehmen, auf und benachrichtigt diese, wenn sie potenziell dem Coronavirus ausgesetzt waren.

<sup>2</sup> Das PT-System und die mit ihm bearbeiteten Daten dienen dazu, die Personen nach Absatz 1 zu benachrichtigen und Statistiken zum PT-System zu erstellen. Das PT-System und die Daten dürfen nicht zu anderen Zwecken verwendet werden, insbesondere nicht zur Anordnung und Durchsetzung von Massnahmen nach den Artikeln 33–38 durch kantonale Behörden oder zur polizeilichen, strafrechtlichen oder nachrichtendienstlichen Verwertung.

<sup>3</sup> Die Teilnahme am PT-System ist für alle Personen freiwillig. Behörden, Unternehmen und Einzelpersonen dürfen keine Person aufgrund ihrer Teilnahme oder Nichtteilnahme am PT-System bevorzugen oder benachteiligen; abweichende Vereinbarungen sind unwirksam.

<sup>4</sup> Das PT-System ist nach folgenden Grundsätzen ausgestaltet:

- a. Bei der Datenbearbeitung sind alle angemessenen technischen und organisatorischen Massnahmen zu treffen, um zu verhindern, dass die teilnehmenden Personen bestimmbar sind.
- b. Die Daten werden so weit wie möglich auf dezentralen Komponenten, die von den teilnehmenden Personen auf ihren Mobilte-

I

*Art. 60a*

<sup>4</sup> ...

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Ständerates**

lefonen installiert werden, bearbeitet. Insbesondere dürfen Daten, die auf dem Mobiltelefon einer teilnehmenden Person über andere Personen erfasst werden, ausschliesslich auf diesem Mobiltelefon bearbeitet und gespeichert werden.

- c. Es werden nur Daten beschafft oder in anderer Art und Weise bearbeitet, die zur Bestimmung der Distanz und der Zeit der Annäherungen und zur Ausgabe der Benachrichtigungen erforderlich sind, nicht aber Standortdaten.
- d. Die Daten werden vernichtet, sobald sie für die Benachrichtigung nicht mehr erforderlich sind.
- e. Der Quellcode und die technischen Spezifikationen aller Komponenten des PT-Systems sind öffentlich.

<sup>5</sup> Die Bundesgesetzgebung über den Datenschutz ist anwendbar.

<sup>6</sup> Der Bundesrat regelt die Einzelheiten der Organisation und des Betriebs des PT-Systems sowie der Bearbeitung der Daten.

<sup>7</sup> Er sieht die Einstellung des PT-Systems, namentlich die Deaktivierung oder Deinstallation aller auf den Mobiltelefonen installierten Komponenten vor, sobald das PT-System zur Bewältigung der durch das Coronavirus verursachten Epidemie nicht mehr erforderlich ist.

*Einfügen vor dem Gliederungstitel des 8. Kapitels*

**Art. 62a** Verbindung des PT-Systems mit ausländischen Systemen

Das PT-System nach Artikel 60a kann mit entsprechenden ausländischen Systemen verbunden werden, wenn ein angemessener Schutz

e. ...  
... sind öffentlich. Die maschinenlesbaren Programme müssen nachweislich aus diesem Quellcode erstellt worden sein.

<sup>7</sup> Der Bundesrat sieht die ...

... das Coronavirus verursachten Epidemie nicht mehr erforderlich ist oder sich als ungenügend wirksam erweist.

**Geltendes Recht****Art. 80** Internationale Zusammenarbeit

<sup>1</sup> Der Bundesrat kann völkerrechtliche Vereinbarungen abschliessen über:

- a. den Austausch von Daten, die der epidemiologischen Überwachung dienen;
- b. die gegenseitige Information über den Ausbruch und die Verbreitung übertragbarer Krankheiten;
- c. die sofortige Benachrichtigung, wenn die Gefahr droht, dass übertragbare Krankheiten die Landesgrenze überschreiten;
- d. die Harmonisierung der Massnahmen zur Erkennung, Überwachung, Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten;
- e. den Leichentransport über die Landesgrenze hinweg.

<sup>2</sup> Die zuständigen Bundesstellen arbeiten mit ausländischen Behörden und Institutionen sowie mit internationalen Organisationen zusammen.

<sup>3</sup> Das BAG übernimmt die Aufgaben der nationalen Anlaufstelle nach den Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) vom 23. Mai 2005. Insbesondere meldet es der WHO Ereignisse, die zu einer gesundheitlichen Notlage von internationaler Tragweite führen können.

**Bundesrat**

der Persönlichkeit im betreffenden Staat gewährleistet wird, durch:

- a. die Gesetzgebung; oder
- b. hinreichende Garantien, insbesondere durch Vertrag.

**Art. 80 Abs. 1 Bst. f**

<sup>1</sup> Der Bundesrat kann völkerrechtliche Vereinbarungen abschliessen über:

- f. die Verbindung des PT-Systems nach Artikel 60a mit entsprechenden ausländischen Systemen.

**Kommission des Ständerates**

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Ständerates****Art. 83**      **Übertretungen****Art. . 83 Abs. 1 Bst. n**

<sup>1</sup> Mit Busse wird bestraft, wer vorsätzlich:

<sup>1</sup> Mit Busse wird bestraft, wer vorsätzlich:

- a. die Meldepflicht verletzt (Art. 12);
- b. ohne Bewilligung eine mikrobiologische Untersuchung zur Erkennung übertragbarer Krankheiten durchführt (Art. 16);
- c. die Vorschriften über die Verhütung der Übertragung von Krankheiten verletzt (Art. 19);
- d. ohne Bewilligung eine internationale Impf- oder Prophylaxebescheinigung ausstellt (Art. 23);
- e. die Sorgfaltspflicht im Umgang mit Krankheitserregern oder ihren toxischen Produkten verletzt (Art. 25);
- f. die weiteren Vorschriften über den Umgang mit Krankheitserregern verletzt (Art. 29);
- g. sich einer angeordneten medizinischen Überwachung entzieht (Art. 34);
- h. sich einer angeordneten Quarantäne oder Absonderung entzieht (Art. 35);
- i. sich einer angeordneten ärztlichen Untersuchung entzieht (Art. 36);
- j. sich Massnahmen gegenüber der Bevölkerung widersetzt (Art. 40);
- k. die Vorschriften über die Ein- oder Ausreise verletzt (Art. 41);
- l. Mitwirkungspflichten verletzt (Art. 43, 47 Abs. 2 und 48 Abs. 2);
- m. die Vorschriften über den Transport sowie die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren verletzt (Art. 45).

- n. eine von ihr oder ihm angebotene Leistung, die für die Allgemeinheit bestimmt ist, einer Person verweigert, weil diese am PT-System nicht teilnimmt (Art. 60a Abs. 3).

**Geltendes Recht**

<sup>2</sup> Wer fahrlässig handelt, wird für Übertretungen nach Absatz 1 mit Busse bis zu 5000 Franken bestraft.

**Bundesrat**

II

<sup>1</sup> Dieses Gesetz wird dringlich erklärt (Art. 165 Abs. 1 der Bundesverfassung [BV]<sup>3</sup>). Es untersteht dem fakultativen Referendum (Art. 141 Abs. 1 Bst. b BV).

<sup>2</sup> Es tritt am ... in Kraft und gilt bis zum 30. Juni 2022; danach sind alle darin enthaltenen Änderungen hinfällig.

**Kommission des Ständerates**

II

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten. Er hat das Gesetz spätestens auf 1. Juli 2020 in Kraft zu setzen. Das Gesetz gilt bis zum 30. Juni 2022; ...